

Die Tribüne

Die unabhängige Plattform für eine kritische Beobachtung der Politik im Kanton Zürich!

Jetzt anmelden  
die-tribuene.ch

# Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND  
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

<b>Eidgenössische Politik</b> Deutschland lässt seine Gemeinden im Stich von Reinhard Wegelin Seite 2	<b>Kanton Zürich</b> Die Rolle des Staates in Religionsfragen von Christina Zurfluh Seite 3	<b>Aktuell</b> Wohneigentum im Alter sichern von Marc Bochsler Seite 4	<b>Parlamentsgemeinden</b> 30er-Zonen müssen künftig vors Volk von Paul Steiner Seite 6	<b>Veranstaltungs-Tipp</b> Sommerfest der SVP Flaach mit aBR Maurer Seite 5
--	--	---	--	---

PRIVATHAUSHALTE UND UNTERNEHMEN VON ZWANGSGEBÜHREN ENTLASTEN

## Verweigerungshaltung zur SRG-Frage im Parlament – jetzt liegt es am Volk!

Ganze 76 Nationalratsmitglieder haben sich auf der Rednerliste für die SRG-Diskussion eingetragen. Verhandelt wird unsere Initiative «200 Franken sind genug!» (SRG-Initiative). Von den Gegnern wird der Teufel an die Wand gemalt. Ihre Nervosität steigt, denn sie wissen, dass wir diese Initiative gewinnen können. Trotzdem will sich das Parlament der entscheidenden Frage um den Auftrag der SRG nicht stellen.



Die Gegner der SRG-Initiative üben sich in Panikmache und Verweigerungshaltung, doch spätestens nach der gewonnenen Abstimmung wird die inhaltliche Diskussion um den Leistungsauftrag der SRG geführt werden müssen. Bild: Wikimedia

Die SRG-Initiative verlangt, die Serafe-Gebühr (früher Billag) von heute 335 auf 200 Franken zu senken und Unternehmen gänzlich von der Abgabe zu befreien. Das ist nicht nur eine finanzielle Entlastung der Bevölkerung, es ist auch die Chance, die Grundsatzdiskussion über die Rolle der SRG endlich ehrlich zu führen – doch das Parlament verweigert sich. Zwei Mal wollte die zuständige Kommission für Verkehr und Fernmeldewesen (KVF) des Nationalrates einen Gegenvorschlag ausarbeiten, beide Male wollte die KVF des Ständerates nichts davon wissen. Nun scheint

die Devise auch im Nationalrat zu heissen: «Augen zu und durch». Es wird also ziemlich sicher keinen Gegenvorschlag mehr geben. Uns kann es recht sein: Spätestens, wenn wir die Abstimmung gewinnen, wird das Parlament die inhaltliche Diskussion um den Leistungsauftrag der SRG führen müssen.

**Die SRG wuchert im Online-Bereich**  
Es ist unbestritten, dass sich die Medienlandschaft massiv verändert hat. Viele Menschen, gerade jüngere Generationen, konsumieren Medien vermehrt oder ausschliesslich im Internet. Gleichzeitig hat sich die SRG immer weiter von ihrem eigentlichen Kernauftrag entfernt. Statt sich auf die Grundversorgung zu konzentrieren, wuchert sie in Bereichen, die auch durch Private abgedeckt werden können, wie beispielsweise mit unzähligen Social Media Accounts.  
Die SRG bezahlt mit Gebührengeldern horrende Summen für Sportrechte, während lokale Anbieter das Nachsehen haben. Sie baut ihr Online-Angebot aus, ohne dass es dafür einen klaren Leistungsauftrag gibt. Genau hier müssen wir ansetzen, um diese Wildwüchse einzudämmen und die SRG wieder auf ihren Kernauftrag zurückzuführen. Doch offensichtlich will die Parlamentsmehrheit erst den Ausgang der Abstimmung abwarten.

**Finanzielle Entlastung ist überfällig**  
Also geht es nun zuerst ums Geld. Viele Bürgerinnen und Bürger bezahlen heute für mehrere private TV-, Streaming- oder Zeitungsabos und müssen gleichzeitig die Serafe-Gebühr bezahlen, auch wenn sie Angebote der SRG kaum oder gar nicht mehr in Anspruch nehmen. Be-

sonders stossend ist die Abgabe für Unternehmen. Firmen konsumieren keine Medien und alle Mitarbeitenden bezahlen ihre Mediennutzung bereits privat.  
Bundesrat Albert Rösti hat mit seinem Vorschlag zur schrittweisen Reduktion der Haushaltsabgabe auf 300 Franken bis 2029 und Befreiung von rund 80 Prozent aller Unternehmen wichtige Fortschritte erzielt. Doch das reicht nicht. Es braucht einen mutigen Schritt: die vollständige Befreiung der Unternehmen von dieser falschen Abgabe.

**Weltuntergangsszenarien der Gegner**  
Hört man den Gegnern unserer Initiative zu, könnte man meinen, der Weltuntergang stehe bevor. Kein Nachrichtenangebot mehr, keine Sprachenvielfalt, keine Demokratie, kein gesellschaftlicher Zusammenhalt. Auf diese Panikmache müssen wir uns im Abstimmungskampf einstellen. Dabei ist der wahre Skandal vielmehr die Gesprächsverweigerung derer, die immer wieder betonen, wie wichtig Medienvielfalt sei, und dann nicht einmal bereit sind, den Leistungsauftrag der SRG ernsthaft zu diskutieren. Das zeigt: Diese Initiative ist dringend nötig, weil sie den Finger auf die wunden Punkte legt.  
Wir freuen uns auf den Abstimmungskampf!



Geniessen Sie mit uns eine Schiffahrt auf dem Zürichsee!

**Wann:** Mittwoch, 25. Juni 2025, 14 - 17 Uhr

**Was:** mit **Nationalrätin Nina Fehr Düsel** zur (Jugend-) Kriminalität und Zuwanderung und **Nationalrat Martin Haab** zu den EU Verträgen und möglichen Auswirkungen für die CH Landwirtschaft

**Verpflegung:** Kaffee und Kuchen

**Boarding:** 13:45 Uhr

**Wo:** Zürich Bürkliplatz, MS Etzel, Bootssteg 6

**Anmeldung:** sekretariat@svp-zuerich.ch oder Tel. 044 217 77 66

**Alles offeriert!**

Die Platzzahl ist beschränkt! Melden Sie sich noch heute an!  
Auch Nicht-SVP-Mitglieder sind willkommen!  
SVP Kanton Zürich

Die SVP des Kantons Zürich wünscht Ihnen frohe Pfingsten.





Christoph Mörgeli

## Die Mär vom Jahrtausendereignis

Bundesrat Albert Rösti nannte den Bergsturz von Blatten ein «Jahrtausendunglück». Als «Jahrtausendereignis» bezeichnete der Walliser Ständerat Beat Rieder die Naturkatastrophe. Das Schweizer Radio und Fernsehen SRF hielt über den Felssturz im Lötschental fest: «Manche sprechen gar von einem Jahrtausendereignis.» Für den «Schweizer Bauern» handelt es sich um ein «Jahrhundert-, wenn nicht sogar ein Jahrtausendereignis». Diese Aussagen sind falsch. Sie lassen uns im Irrglauben, es gehe jetzt tausend Jahre bis zur nächsten Katastrophe. Dabei hat sich nur schon in den letzten Jahrhunderten vieles zugetragen. 1356 legte ein Erdbeben Basel in Trümmer; man vermutet bis zu 2000 Tote. 1405 wütete in Bern ein Brand, der 600 Gebäude zerstörte und 100 Todesopfer forderte. Eine Überschwemmung riss 1515 in Biasca 600 Menschen mit sich fort. 1540 gabs eine Dürre von elf Monaten ohne Regen, die Opferzahl ist nicht abzuschätzen. 1584 begrub ein Bergsturz in Yvorne 120 Menschen unter sich, 1618 einer in Plurs im bündnerischen Veltlin gar 900 Menschen. 1713 verwandelte ein Feuer Stans in eine einzige Brandruine. Der Bergsturz von Goldau 1806 forderte 457 Tote; 102 Wohnhäuser und 220 Viehställe wurden unter dem Gestein begraben. Einer Hungerkatastrophe nach einem Vulkanausbruch in Indonesien ereigneten sich 1817 allein in der Schweiz etwa 10 000 Menschen. 1861 zerstörte ein Brand zwei Drittel des Kantonshauptorts Glarus, fast die Hälfte der dortigen Bewohner wurde obdachlos. 1881 riss der Bergsturz von Elm 114 Dorfbewohner in den Tod. An der Spanischen Grippe starben von Juli 1918 bis Juni 1919 24 449 Schweizerinnen und Schweizer – mehr als der Kanton Uri Einwohner hatte. 1954 erkrankten 1628 Menschen am Polio-Virus; viele starben oder waren lebenslang beeinträchtigt. Unsere Zeit ist schlagzeilensüchtig. Gerade darum sollten sich Politiker und Journalisten mit Katastrophen-Ekstasen zurückhalten. Wer ständig vom Weltuntergang spricht, findet ihn schliesslich im Sonnenuntergang. Das Erstaunlichste an Katastrophen ist die Geschwindigkeit, mit der wir sie vergessen.

## Eine spannende erste Sessionswoche in Bern

Die erste Woche der Sommersession begann mit den Themen zum Stromversorgungsgesetz, Zollgesetz und Änderungen im Kartellgesetz. Das Wettbewerbsrecht soll gestärkt werden.



Nina Fehr Düsel  
Nationalrätin SVP  
Küsnacht

Auch eidgenössische Initiativen standen zur Debatte, so gleich am Montag das Thema «SRG – 200 Franken sind genug». Über 70 Parlamentarier und natürlich viele SV-Pler äusserten sich dazu. Im Zentrum steht die Frage, ob die Gebühren für Radio und Fernsehen von heute 335 auf 200 Franken gesenkt werden sollen. Die zuständige Kommission lehnt die Initiative leider ab. Nachdem zwei Vorschläge für einen indirekten Gegenvorschlag in der zuständigen Ständeratskommission abgelehnt worden sind, will die Mehrheit der Nationalratskommission nun auch keinen Gegenvorschlag mehr. Der Bundesrat hat ohnehin beschlossen, die Empfangsgebühren von heute 335 auf noch 300 Franken im Jahr zu senken. Zahlreiche Unternehmen will er von der Abgabepflicht befreien. Das Traktandum wird auch nächste Woche noch weiterdiskutiert und kommt bald vors Volk.

Auch über eine weitere Initiative wird in dieser Sommersession noch debattiert werden: Die Klimafonds-Initiative, die wir natürlich ablehnen. Auch hier wird es eine längere Rednerliste geben.

### Strafrechtliche Vorstösse

Viele Motionen und parlamentarische Initiativen standen diese Woche auf der Traktandenliste. So beispielsweise drei

wichtige Vorstösse von Nationalrat Pascal Schmid (SVP, TG). Dieser will es wieder möglich machen, dass extrem gefährliche Sexualstraftäter und Gewaltstraftäter lebenslang verwahrt werden können. Ausserdem sollen Landesverweise auch in Strafbefehlen angeordnet werden können. Schliesslich sollen teure Therapien (bei Strafverfahren) nur bei guten Erfolgsaussichten möglich sein. Leider steht die SVP bei solchen Themen oft ziemlich alleine da.

Auch sicherheitspolitische Themen standen auf dem Programm. So beantragte die Sicherheitspolitische Kommission dem Nationalrat, bei der Beratung der Armeebotschaft 2025 eine zusätzliche Milliarde Franken für Munition zu bewilligen. Auch sollen die Hürden für den Zivildienst erhöht werden, um den Bestand der Armeeangehörigen zu vergrössern. Dies sind natürlich zentrale Geschäfte.

Auch Veranstaltungen über Mittag und am Abend gibt es zuhauf. Am Mittwochabend war beispielsweise der be-

«Extrem gefährliche Gewaltstraftäter sollen lebenslang verwahrt werden können.»

liebte Abend im Schwellenmätteli, organisiert von Sunrise, an dem immer viele Parlamentarier teilnehmen. Über Mittag fand im Lorenzini ein Anlass der neu gegründeten überparteilichen Mediengruppe Journalismus statt, mit Themen wie Künstliche Intelligenz und Urheberrecht. Auch nächste Woche wird wieder intensiv werden.



Derzeit noch im Parlament hängig, wird die SRG-Halbierungsinitiative bald auch dem Volk zur Abstimmung vorgelegt. Bild: Nina Fehr Düsel

### EXKLAVE BÜSINGEN BESONDERS BETROFFEN

## Deutschland lässt seine Grenzsteine verlottern

Im «einzigen deutschen Dorf in der Schweiz», wie der «Spiegel» Büsingen einmal nannte, ist Verwirrung ausgebrochen. Die deutsche Regierung lässt die Grenzpfähle verlottern. Der St. Galler SVP-Nationalrat Lukas Reimann hat Büsingen deshalb eingeladen, der Schweiz beizutreten.



Reinhard Wegelin  
Alt Parteisekretär SVP  
Pfäffikon

Nur drei Kilometer von Schaffhausen entfernt, lebt Büsingen von der Verwirrung um seine komplizierte Grenze. Deutschlands einzige Exklave hatte jahrelang irrtümlicherweise vom schweizerischen Bundesamt für Sport Subventionen bezogen. Seit 1967 besteht zwischen der Eidgenossenschaft und

Deutschland ein Staatsvertrag, der Büsingen zu schweizerischem Zollgebiet erklärt; wirtschaftlich gehört Büsingen also zur Schweiz. Indirekte Steuern werden durch die Schweiz erhoben. Die Tankstelle in Büsingen kann daher das billigste Benzin weit und breit anbieten. Und der FC Büsingen spielt in einer Schweizer Liga.

### Grenzgemeinden allein gelassen

Diese Woche wurde bekannt, dass sich der deutsche Staat nicht mehr für seine eigenen Grenzschilder zur Schweiz zuständig fühlt. Er lässt die Grenzgemeinden entlang des Rheins damit einfach

allein. Die sogenannten Bundesgrenzzeichen sind vielfach sehr alt und morsch und müssten dringend ersetzt werden. In einem Schreiben des zuständigen Hauptzollamts wurden die deutschen Grenzgemeinden darüber informiert, dass der Bund die Aufgabe nicht mehr übernimmt. Das Problem ist jedoch vielschichtiger: Immer mehr wälzt Berlin Ausgaben an die einzelnen Gemeinden ab.

### Büsingen zur Schweiz?

Nun will sich Deutschland nicht mehr um seine Grenzmarkierungen kümmern und lässt die betroffenen Gemeinden einfach hängen. Der langjährige St. Gal-

ler SVP-Nationalrat Lukas Reimann regte sich auf X darüber auf, dass die deutsche Gemeinde ihre Grenzschilder neu selbst berappen muss: «Dabei wäre das Aufgabe der Bundesrepublik.» Reimann fragt den Bundesrat: «Berlin nicht mehr zuständig für Büsingen am Hochrhein – Beitritt zur Schweiz als sinnvolle Alternative?» Damit entfielen für Berlin lästige Arbeit. Gegen Reimanns Vorschlag spricht, dass in der schweizerischen Verfassung das sogenannte Neutralitätsprinzip verhindert, dass die Schweiz ihr Territorium vergrössern darf.

Die Bürgermeisterin der Gemeinde Büsingen sagte gegenüber dem Blick, «dass die Grenze rund um die Exklave Büsingen auch eine EU-Aussengrenze sei, die zollrechtliche Relevanz habe». Dass Singener Hauptzollamt behauptete, dass es keine gesetzliche Grundlage für das Aufstellen und Pflegen der Grenzschilder gebe. Und überhaupt: Der freie Personenverkehr mache solche Markierungen eigentlich unnötig.

### Lob der Grenze

Grenzen sind ein gesunder und wichtiger Schritt, um die eigene Autonomie zu stärken. Im politischen Sinn beschreiben Grenzen nach dem Philosophen Konrad Paul Liessmann ganz allgemein zunächst nur das Territorium eines Staates. Sie stecken seinen Hoheitsbereich, den Geltungsbereich seiner Gesetze, seiner politischen und sozialen Ordnung ab. Für den modernen Territorialstaat sind Grenzen deshalb überlebenswichtig, weil er in seiner Existenz durch diese Grenzen definiert sei.

Deutschland signalisiert öffentlich, dass Grenzen ihre Bedeutung verloren haben. Es lässt die Grenzen einfach verlottern. Das ist nicht nur bei den Grenzen so. Man hat das Gefühl, Deutschlands Regierungen – egal welcher Couleur – machen alles, damit das Land aufgelöst wird wie das Salz in der Suppe.



Nur drei Kilometer von Schaffhausen entfernt, lebt Büsingen als einzige Exklave Deutschlands von der Verwirrung um seine komplizierte Grenze.

Bild: Adobe Stock



AUS DEM KANTONS RAT

Nicht für die Galerie

Häufig werden im Kantonsrat Geschäfte behandelt, die wenig Auswirkungen auf das Leben der einzelnen Bürger haben. Nicht so in der letzten Sitzung. Schon beim ersten Sachgeschäft wurde klar, dass durchaus auch Themen behandelt werden, die für einige von uns Relevanz haben.



Romaine Rogenmoser  
Kantonsrätin SVP und  
1. Vizepräsidentin Kantonsrat  
Bülach

Eine Änderung der kantonalen Natur- und Heimatschutzverordnung soll es neu möglich machen, das Bewilligungsverfahren für Bauvorhaben im Bereich von schutzwürdigen Ortsbildern an Gemeinden zu delegieren. Davon verspricht sich der Regierungsrat eine Entlastung des kantonalen Amts für Raumentwicklung und eine Verkürzung der Verfahrensdauer – Vorteile, die durchaus für Bauherren wichtig sind. Die SVP-Vertreterin Barbara Grüter stellte aber klar, dass sich am Bundesgesetz dadurch nichts ändert, sondern es sich lediglich um eine Verschiebung der Kompetenzen handelt. Dennoch folgte der Rat inklusive der SVP dem Kommissionsantrag und unterstützt diese Änderung.

Eine Formsache war anschliessend auch die Verabschiedung einer Änderung des Landwirtschaftsgesetzes. Demnach soll der kantonale Ausbildungs- und Versuchsbetrieb Strickhof dazu beitragen, die Umweltziele des Bundes für die Landwirtschaft zu erreichen. Dieses Geschäft wurde einstimmig verabschiedet.

Kein «virtueller Kantonsrat»

Eine Schlaufe musste die Änderung des Gesetzes zu den Elektrizitätswerken des Kantons Zürich (EKZ) ziehen, denn die GLP stellte einen Antrag, der fordert, dass auf den neuen, aus dem Gewinn geäufteten Fonds verzichtet wird, mit dem die EKZ die Energiewende und die Klimaziele unterstützen sollen. Die EKZ können die entsprechenden Massnahmen auch ohne diesen Fonds ergreifen. SVP-Kantonsrat Paul von Euw machte klar, dass die SVP bereits in der Grundsatze debatte diese Haltung vertreten hat, und ist erleichtert, dass die GLP diese ursprünglich von der SVP stammende Idee nun unterstützt. So sprach sich eine Mehrheit – inklusive der SVP – für diesen Zusatzantrag aus.

Die Geschäftsleitung befasste sich mit dem «virtuellen Kantonsrat» und beantragte, den Vorstoss von SP, Grüne und Die Mitte als erledigt abzuschreiben. Im ersten Corona-Jahr 2020 wurde eine Strategie verlangt, damit der Kantonsrat auch virtuell tagen kann. Die Geschäftsleitung hat aufgrund der Erfahrungen mit der Pandemie inzwischen rechtliche Anpassungen entworfen und diese dem Regierungsrat unterbreitet. Unter anderem soll die Geschäftsleitung in Krisenzeiten Massnahmen treffen können, die virtuelle Zusammenkünfte ermöglichen. Der Rat schrieb das Geschäft einstimmig ab.

Öffentliche Gelder nicht zweckentfremden

Der zweite Themenblock befasste sich mit Parlamentarischen Initiativen (PI). Bei den ersten drei dieser Initiativen ging es um Änderungen im Kirchengesetz, das festhält, welche Religionsgemeinschaften vom Kanton mit Geldern ausgestattet werden. Hier verortete die SVP Handlungsbedarf. SVP-Kantonsrätin Christina Zurfluh Fraefel verlangt, dass die staatlichen Beiträge an die anerkannten Religionsgemeinschaften für Tätigkeiten zugunsten der ganzen Gesellschaft nicht an unabhängige Dritte, beispielsweise Nichtregierungsorganisationen (NGOs), weitergegeben werden dürfen. Im letzten Jahr haben die vom Kanton unterstützten Religionsgemeinschaften Gelder einfach an andere Religionen weitergeleitet – waren also quasi eine Art Durchlauferhitzer. Eine weitere PI fordert mehr Transparenz für den Einsatz der Gelder und die dritte Kirchengesetz-PI möchte die Beitragsperiode der Legislaturperiode anpassen, nämlich von sechs auf vier Jahre verkürzen. Alle Parlamentarischen Initiativen fanden das nötige Quorum von 60 Stimmen und werden somit der Kommission zugewiesen.

Bitte noch etwas mehr Wohlfahrtsstaat

Auch noch im Rat behandelt: von Links die Forderung nach einer Amtszeitbeschränkung für den Regierungsrat, sodass nach zwölf Amtsjahren eine Wiederwahl nicht mehr zulässig ist – dies wurde abgelehnt. Eine weitere Initiative der SP betrifft die Schule. Sie verlangt, dass die Gemeinden unentgeltlich betreute Aufgabenstunden und individuelle Lernzeit anbieten. Dieses Anliegen fand die nötige Unterstützung; natürlich genau von denjenigen Parteien, die auf Bundesebene eine längere Elternzeit von 36 Monaten verlangen, die Kinder dann aber mit drei Monaten in der Krippe parkieren. Mit der obligatorischen Aufgabenstunde hätten diese Eltern dann noch einmal ein paar Stunden mehr Zeit, ihre Work-Life-Balance zu pflegen.



Hausaufgaben? Die heissen nicht ohne Grund so. Aber in der SP-Version des Alltags erledigt das am besten der Staat, samt Gratis-Ovo.

Bild: Pexels

WORTE DES PARTEISEKRETÄRS

Die fünf Wünsche eines Parteisekretärs

Zwar dauert es noch mehr als ein halbes Jahr, bevor ich dem Samichlaus oder Christkind meine Wünsche sagen kann, aber schon jetzt formuliere ich doch einmal die Wünsche eines Parteisekretärs an alle Mitglieder der SVP des Kantons Zürich – Wünsche gehen ja bekanntlich in Erfüllung, wenn man fest daran glaubt...

Teilnahme an Abstimmungen und Wahlen

Einige Male im Jahr dürfen wir unser demokratisches Recht wahrnehmen. Deshalb wünsche ich mir, dass alle SVP-Mitglieder inkl. Partner und stimmberechtigter Kinder an den Abstimmungs- und Wahlterminen im Sinne der SVP-Parolenfassung teilnehmen. Dies gilt insbesondere auch für die kommenden Wahlen im Frühjahr 2026 und den Wahlen 2027.

Sammeln von Unterschriften

Die Grenzschutz-Initiative ist beinahe zusammen, es fehlen noch einige Hundert Unterschriften aus dem Kanton Zürich für unser Kontingent. Aber auch in der nächsten Zeit stehen wieder Unterschriftensammlungen an. Also gilt es bei Zusendung der Bögen, diese umgehend auszufüllen, leere Zeilen durch

Bekannte zu ergänzen und sofort einschicken. So erreichen wir in kurzer Zeit unsere Sammelziele und ersparen uns den zwei-, drei- oder auch viermaligen Versand von Unterschriftenbögen.

Mitgliederwerbung

Die konzentrierte Mitgliederwerbung, die wir letztes Jahr mit dem Versand von mehr als 17 000 Flyern an unsere Sektionen gestartet haben, beginnt langsam Früchte zu tragen. Aber gerade für Wahlen, Abstimmungen und Unterschriftensammlungen brauchen wir im Kanton Zürich noch deutlich mehr SVP-Mitglieder. Wenn jedes SVP-Mitglied bis Ende Jahr ein einziges Mitglied finden wird, verdoppeln wir auf einen Schlag unsere Mitgliederzahl. Ein ambitiöser Wunsch, aber vielleicht erreichen wir bis Weihnachten 2025 ja 25 Prozent Zuwachs.

Nachhaltigkeits-Initiative und EU-Rahmenvertrag

In den nächsten rund zwei Jahren stehen die wegweisendsten Abstimmungen seit Jahrzehnten an. Mit dem JA zur Nachhaltigkeitsinitiative und dem NEIN zum EU-Rahmenvertrag bestimmen wir alle gemeinsam die Zukunft

unserer sicheren, lebenswerten und eigenständigen Schweiz. Schreiben Sie Leserbriefe für Ihre Regionalzeitung und machen Sie somit die Leser, aber auch Ihre Bekannten auf die Wichtigkeit dieser beiden Themen aufmerksam.

Unterstützung der Sektionen

Zahlreiche Sektionspräsidien und -vorstände sind mit vollem Einsatz an der Arbeit, sei dies für Standaktionen oder Aufträge, die es für die SVP des Kantons Zürich zu erledigen gilt. Wenn Sie bei der einen oder anderen Aktion Ihren Sektionsvorstand unterstützen, hilft dies uns allen. Schauen Sie doch auf die vorerwähnten vier Punkte.

Herzlichen Dank, wenn Sie bei einem oder am liebsten allen fünf Punkten tatkräftig mithelfen. Für eine immer stärker werdende SVP im Kanton Zürich.



von  
Marco Calzimiglia

KOMMENTAR ZUR RATSSITZUNG

Staatliche Unterstützung von Religionsgemeinschaften: zwischen Neutralität und gesellschaftlicher Verantwortung



Christina Zurfluh  
Fraefel  
Kantonsrätin SVP  
Wädenswil

In vielen demokratischen Staaten – so auch in der Schweiz – stellt sich immer wieder die Frage, ob und in welchem Umfang der Staat die Religionsgemeinschaften unterstützen soll. Die Diskussion berührt zentrale Prinzipien wie die Religionsfreiheit, die Trennung von Kirche und Staat sowie den gesellschaftlichen Beitrag religiöser Institutionen. Der Umgang mit staatlicher Unterstützung religiöser Gruppen ist also komplex und variiert stark je nach historischer, kultureller und rechtlicher Ausgangslage.

In der Schweiz garantiert die Bundesverfassung die Glaubens- und Gewissensfreiheit. Gleichzeitig steht es den Kantonen frei, ihre Beziehung zu den Religionsgemeinschaften zu regeln. Daraus ergibt sich ein vielfältiges System, in dem manche Kantone bestimmte Kirchen öffentlich-rechtlich anerkennen und finanzieren, während andere ein stärker laizistisches Modell verfolgen.

Staatliche Unterstützung kann vielfältige Formen annehmen, sei es mit finanziellen Leistungen, durch Infrastruktur und Dienstleistungen oder mittels Anerkennung und Rechtsstatus. Wie auch immer diese ausgestaltet ist: die staatliche Unterstützung religiöser Gruppen steht auch im Kanton Zürich regelmässig in der Kritik.

Doch trotz Kritik sind die Religionsgemeinschaften in vielen Bereichen gesellschaftlich engagiert: in der Sozialarbeit,

in der Bildung, in der Flüchtlingshilfe oder in der Begleitung von Menschen in Krisensituationen.

In unserer mittlerweile multikulturellen Gesellschaft steigt der Druck, alle Glaubensrichtungen gleich zu behandeln. Es zeichnen sich somit verschiedene Reformansätze ab: Eine Ausweitung des öffentlich-rechtlichen Status auf weitere Gemeinschaften, eine stärkere Entflechtung von Staat und Religion oder ein funktionaler Ansatz, bei dem staatliche Unterstützung an konkrete gesellschaftliche Leistungen geknüpft wird – etwa in Integration, Bildung oder Gemeinwohlförderung.

Fazit: Aufgrund der geführten Diskussion im Kantonsrat hat sich gezeigt, dass auch im Kanton Zürich die staatliche Unterstützung ein Balanceakt bleibt: zwischen Neutralität und gesellschaftlicher Verantwortung, zwischen historischer Kontinuität und modernen Diversitätsanforderungen. Eine zukunftsfähige Lösung wird wohl Transparenz, Gleichbehandlung und die Förderung des Gemeinwohls ins Zentrum stellen müssen.

Wir konnten nun drei verschiedene Parlamentarische Initiativen überweisen, damit die längst fällige Revision des Kirchengesetzes möglichst zeitnah von der Regierung angegangen wird. Es ist aber heute schon absehbar, dass sich die Arbeit in der Kommission für Staat und Gemeinden STGK entsprechend herausfordernd gestalten wird.

Das Votum im Kantonsrat als Video:



Die staatliche Unterstützung von Religionsgemeinschaften ist auch im Kanton Zürich ein Balanceakt.

Bild: Wikimedia

Scannen Sie den QR-Code, um die aktuellen Videos der SVP Kantonsratsfraktion zu sehen.





DEMOKRATIE STATT SCHARIA

Der politische Islam in Europa und der Schweiz

Dass der politische Islam den Westen ohne Krieg erobern will, ist sein erklärtes Ziel. Im Jahr 1980 lebten in der Schweiz noch rund 20 000 Muslime, im Jahr 2000 waren es bereits 200 000. Heute sind es weit über 500 000. Bei gleichbleibender Entwicklung könnten etwa im Jahr 2060 die Muslime in einigen Ländern Europas in der Mehrheit sein.



**Therese Schläpfer**  
Alt Nationalrätin SVP und  
Vorstandsmitglied  
Egerkinger Komitee  
Hagenbuch

Schleichend versuchen die Muslime, uns ihre Werte aufzunötigen. Unsere eigenen westlichen abendländischen Werte werden aus falscher Toleranz und Rücksichtnahme zurückgedrängt. An den Kiosken und auf den Fussballplätzen wurden die herkömmlichen Wienerli durch Pouletwienerli ersetzt. Ob das unseren Jugendlichen schmeckt, wird nicht gefragt. Wir sind ja tolerant und zuvorkommend. Manche Mädchen dürfen nicht am Schwimmunterricht und nicht an Klassenlagern teilnehmen, weil es der Vater nicht mit dem islamischen Glauben vereinbaren kann. An gewissen Schulen und öffentlichen Gebäuden dürfen keine christlichen Sym-

bole mehr aufgehängt werden. Während der Adventszeit wird an Schulen auf das Singen von Weihnachtsliedern und das Aufführen von Krippenspielen verzichtet. Sogar beim SRF dürfen Moderatorinnen keinen Schmuck mit diskretem christlichem Kreuz mehr tragen; die Gefühle der Muslime könnten verletzt werden. Meine Gefühle werden auch verletzt, wenn ich zusehen muss, worauf wir Christen alles verzichten müssen. In grösseren Orten können muslimische Kinder dem Unterricht fernbleiben, um das Ende des Ramadans zu feiern. Die christliche Nächstenliebe wird ausgenutzt. Man muss sagen: Wir lassen uns ausnützen, wir sind zu tolerant und naiv.

Von den Universitäten wissen wir spätestens seit den Massakern der Hamas an den Israeli, dass die Palästinenser gefeiert werden. Dabei wären genau Schulen und Unis für eine Integration in unsere christliche Gesellschaft prädestiniert.

**Steuergelder für radikale Imame?**  
Der Islam wird gestärkt und das Christentum geschwächt. Daran arbeitet unsere Elite kräftig mit. Frau Regierungsrätin Jacqueline Fehr stellt den muslimischen Häftlingen Imame und muslimische Seelsorger auf Kosten von uns Steuerzahlern zur Verfügung. Auch die Landeskirchen tragen zur Stärkung des Islams bei. Der Kanton Zürich bezahlt unseren Landeskirchen jährlich 50 Millionen Franken. Neuerdings fliessen davon zwei Millionen an nicht anerkannte Religionsgemeinschaften, namentlich an die Muslime. Und Bundesrat Beat Jans postet Fotos, wie er zusammen mit Muslimen das Fastenbrechen feiert. Bei christlichen Feiertagen hält er sich still.

**Keine Scharia in der Schweiz!**  
Ja, in der Schweiz herrscht Religionsfreiheit. Muslime sollen ihre Religion praktizieren dürfen – aber nicht auf Kosten der angestammten Bevölkerung. Die Missachtung der Gleichstellung von Mann und Frau sowie des Pluralismus wird vom politischen Islam vorangetrieben. Die Verweigerung, der Lehrerin die Hand zu geben und die Unterdrückung der Frauen gehören dazu. Wir wollen keine deutschen Verhältnisse, bei welchen 45% der jugendlichen Muslime einen muslimischen Gottesstaat (Scharia) für die beste Staatsform halten und manche sogar ein Kalifat fordern. Die Scharia ist nicht mit der Demokratie vereinbar.  
Die unbequeme Wahrheit heisst: Nicht das Anpassen an den Islam hilft unserer gesamten Gesellschaft, sondern das Betonen und Ausleben unserer historisch gewachsenen abendländischen, jüdisch-christlichen Traditionen und das Hochhalten dieser Werte.



Es ist bedenklich, dass christliche Symbole im öffentlichen Raum immer mehr zurückgedrängt werden.

Bild: Pexels

WOHNEIGENTUM IM ALTER SICHERN

Wer spart, wird bestraft – das darf nicht sein!

Ein Eigenheim ist mehr als vier Wände und ein Dach. Es ist ein Lebenswerk. Es ist das Symbol für Eigenverantwortung, für Weitblick, für Leistung. Es ist das Zuhause, in dem Menschen alt werden wollen – ohne Angst, es im letzten Lebensabschnitt zu verlieren. Doch genau das droht vielen älteren Menschen im Kanton Zürich.



**Marc Bochsler**  
Kantonsrat SVP und  
Vizepräsident SVP Bezirk  
Affoltern  
Wettswil am Albis

Seit einem Entscheid des Bundesgerichts ist es dem Kanton verwehrt, bei Härtefällen Rücksicht zu nehmen. Die Folge: Rentnerinnen und Rentner mit kleinen Einkommen werden steuerlich gleichbehandelt wie Multimillionäre. Der Eigenmietwert – diese realitätsfremde Steuer auf ein fiktives Einkommen – treibt sie in die Enge. Manche müssen Schulden machen, andere gar verkaufen. Das ist staatlich verordnete Enteignung auf Raten – und das in einem Land, das sich Eigentum angeblich auf die Fahne geschrieben hat.

**Politik mit Herz und Verstand**  
Die SVP sagt: Es reicht! Wer sein Leben lang gearbeitet, gespart und auf vieles verzichtet hat, soll nicht am Ende mit einer Steuerrechnung bestraft werden, die jedes Augenmass vermissen lässt. Genau darum begrüssen wir die neue gesetzliche Grundlage für den sogenannten Härtefalleinschlag beim Eigenmietwert. Sie stellt sicher, dass ältere Menschen mit bescheidenen finanziellen Mitteln nicht mehr ihr Zuhause verlieren – nur weil der Staat den Blick für die Realität verloren hat.  
Diese Lösung wurde vom Regierungsrat unter der Führung unseres SVP-Finanzdirektors Ernst Stocker rasch und pragmatisch vorgelegt. Die Wirtschafts-

kommission des Kantonsrats hat sie mit grosser Mehrheit gutgeheissen. Ein deutliches Zeichen für eine Politik mit Herz und Verstand. Eine Politik für jene, die dieses Land mit aufgebaut haben.

**Standesinitiative kommt**  
Doch wir lassen es nicht dabei bewenden: Ich habe eine Standesinitiative eingereicht, damit das Zürcher Modell auch auf Bundesebene Schule macht. Der Kantonsrat hat sie mit grossem Mehr überwiesen – ein starkes Signal aus Zürich an Bern! Die definitive Einreichung erfolgt noch dieses Jahr. Denn dieses Pro-

blem betrifft nicht nur den Kanton Zürich, sondern Tausende Pensionierte in der ganzen Schweiz.  
Die Linke mag das kritisieren. Sie träumt weiter von Enteignung durch Umverteilung. Doch wir stehen für eine andere Schweiz. Für eine Schweiz, in der Eigentum geschützt wird. In der Leistung zählt. In der der Staat die Menschen, welche es wirklich brauchen, unterstützt – nicht gängelt.  
Wohneigentum im Alter sichern heisst: Verantwortung übernehmen. Für unsere ältere Generation. Für den Mittelstand. Für die Zukunft.



Rentnerinnen und Rentner sollen auch im Alter noch in ihrem Eigenheim wohnen können – ohne finanziellen Druck durch eine realitätsfremde Steuer. Bild: Pixabay

SELBST BUNDESGESETZE BETROFFEN

Wenn Gendersprache zur Ungenauigkeit zwingt

«Liebe Kantonsrätinnen und Kantonsräte» – Neben Behörden, Hochschulen und Medien wird auch im Zürcher Kantonsrat mehrheitlich die sogenannte Paarform zur direkten Ansprache verwendet.



**Andreas Keiser**  
Kantonsrat SVP  
Glattfelden

Als Neo-Kantonsrat muss ich aber ernüchternd feststellen, dass diese Paarform nicht nur in der direkten Ansprache, sondern durch den gesamten Text bzw. die vollständige Rede beharrlich durchgezogen wird.  
So hat zum Beispiel ein Redner in der kürzlichen Ratsdebatte zur Umsetzung des Gegenvorschlags zur «Anti-Chaoten-Initiative» von «fünfverletzten Polizistinnen und Polizisten» an einer unbewilligten Demo in Bern gesprochen. Diese Aussage impliziert aufgrund der Pluralform die Verletzung von mindestens zwei Polizistinnen. Das trifft aber

gerade nicht zu, denn es wurde glücklicherweise «nur» eine Polizistin verletzt. Dieser kleine, aber entscheidende Unterschied zeigt eine Ungenauigkeit in dieser feministischen Gendersprache, welche zu Fehlinformationen führen kann.  
Ein weiteres Beispiel betrifft das Bundesgesetz über die kollektiven Kapitalanlagen, welches von «Anlegerinnen und Anlegern» spricht. Als Anleger kommen allerdings auch juristische Personen in Betracht, aber die Paarform erweckt hier leider den Eindruck, es sei nur von natürlichen Personen die Rede. Auch hier ist gut gemeint nicht immer auch gut gemacht, selbst bei einem Bundesgesetz.  
Manchmal ist weniger eben mehr und wir tun gut daran, die deutsche Sprache nicht zu verschlimmbessern. In diesem Sinne bleibe ich beim generischen Maskulinum.



Nebst einem Dschungel aus Sonderzeichen und Formen erschwert die Gendersprache oftmals die Verständlichkeit. Bild: Adobe Stock

**NO WOKE  
SMOKE**



**ZIGARRENABEND**  
**SVP Bezirk Bülach**  
**Do, 3. Juli, ab 18.00 Uhr**  
**Don Alejandro's Cigar Lounge**  
**Industriestrasse 12, 8305 Dietlikon**  
**CHF 90 mit Essen & Trinken**  
**(inkl. Alkohol) à discrétion**  
**JETZT anmelden bei:**  
**ralph.weber@bluwin.ch**



VERANSTALTUNG DES VEREINS «STARKE VOLKSSCHULE ZÜRICH»

# Kleinklassen – Ladenhüter oder zukunftsgerichtetes Modell?

Der Zürcher Kantonsrat hat der Förderklassen-Initiative im März 2025 zugestimmt und damit das Thema Kleinklassen zurück in den Fokus gerückt. Trotz ihrer Vorteile gelten Kleinklassen oft als rückständig und die wenigen Zürcher Gemeinden, die diese noch anbieten, müssen die Kosten anderswo einsparen.



**Zeno Schärer**  
Gemeinderat SVP und  
Vorstandsmitglied Verein  
«Starke Volksschule Zürich»  
Wetzikon

Kritiker argumentieren, dass Kleinklassen Kinder stigmatisieren könnten. Doch stimmt das? Um der Sache auf den Grund zu gehen, hat der Verein «Starke Volksschule Zürich» (www.starkevolksschulezh.ch) am 19. Mai 2025 zu einem Vortragsabend mit der Aargauer Primar- und Einschulungsklassenlehrerin Gabi Schaffner und dem Basler Kleinklassenlehrer und Heilpädagogen Roland Stark eingeladen.

Gabi Schaffner hob die Bedeutung von Einschulungsklassen hervor. In kleinen Klassen mit 12–15 Schülern können Kinder mit Entwicklungsverzögerungen den Erstklassstoff während zweier Jahre erarbeiten. Das ermöglicht es ihnen, in der zweiten Primarklasse den Anschluss zu finden. Spielerische Lehrmethoden fördern nicht nur kognitive und motorische Fähigkeiten, sondern auch soziale Kompetenzen wie Frustrationstoleranz und logisches Denken. Schaffner betonte, dass solche Klassen die Leistungsschere verringern und zu mehr Chancengerechtigkeit führen – insbesondere für bildungsferne und fremdsprachige Kinder. Dank strukturierten Lehrmitteln wird ein sorgfältig aufgebauter Unterricht möglich, der

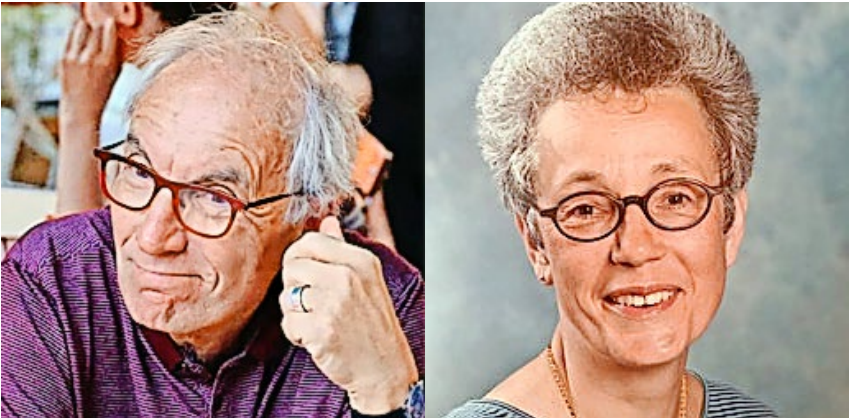
den Kindern die nötige Zeit zum Festigen des Lernstoffs gibt.

## Für eine zukunftsgerichtete Bildungspolitik

Roland Stark kritisierte den fehlenden Praxisbezug an den Pädagogischen Hochschulen. Er argumentierte, dass schwache Schüler in Kleinklassen besser gefördert und gestärkt werden, konzentrierter lernen und vom Lehrer, der ihren schulischen Entwicklungsstand genau kennt, optimal gefördert werden können. Demgegenüber werden die Schüler in einem dogmatisch umgesetzten Integrationsmodell oft überfordert. Die wenigen heilpädagogischen Einzelkationen machen das nicht wett. Die Schüler, so Stark weiter, entwickeln weniger Selbstvertrauen und Lernfreude, weil sie sich in den Regelklassen ständig als schulis

ch ungenügend erleben. Zudem wies Stark darauf hin, dass Kantone, die die Kleinklassen beibehalten haben, an der Spitze der Bildungsstatistiken stehen. Er hielt fest, es sei erstaunlich, dass ausgerechnet die politische Linke die einst als Errungenschaft gefeierte Kleinklasse derart unter Beschuss nehme.

In der Diskussion mit dem Publikum wurden weitere Probleme der integrativen Schule thematisiert, darunter die Ineffizienz sogenannter «Schulinseln» und die steigenden ADHS-Diagnosen für Kinder, welche früher in Kleinklassen durchaus beschult werden konnten. Die Anwesenden waren sich einig, dass Kleinklassen zwar kein Allheilmittel sind, aber einen wichtigen Beitrag zu einer zukunftsgerichteten Bildungspolitik leisten können.



Roland Stark und Gabi Schaffner zeigten am Vortragsabend die Bedeutung und Vorteile von Förderklassen auf. Bilder: Zeno Schärer

SVP HÜNTWANGEN

## Windpark ganz nah

Weil Hüntwangen im Richtplan als Standort für 220 Meter hohe Windenergieanlagen eingetragen werden soll, besuchte die SVP den Windpark Verenafohren.

Mit der Gesamthöhe von 199,5 Metern sind die drei Türme in Tengen (D) zwar 20 Meter kleiner als diejenigen, mit welchen die Baudirektion des Kantons Zürich für Hüntwangen/Wasterkingen rechnet. Trotzdem sind sie von Anhöhen über das ganze Zürcher Weinland hinweg sichtbar, am Horizont, unmittelbar neben der Schweizer Grenze zum Kanton Schaffhausen, oberhalb von Merishausen. Nähert man sich den Turbinen zu Fuss, tauchen sie dank Wald und Topografie erst auf, wenn man kurz vor ihnen steht. Sie sind auf der flachen Oberseite des Randenausläufers von deutscher Seite her zurückversetzt und das Merishausertal ist zu eng und steil. So sieht man vom benachbarten Siedlungsgebiet die Windkraftanlagen kaum, höchstens das Aufblitzen eines Rotorblatts über den Baumwipfeln. In Hüntwangen wäre es anders: Die Kraftwer-

ke verdoppelten die vertikale Ausdehnung der Gemeinde, unmittelbar oberhalb der steilsten Parzelle am höchsten Punkt der Gemeinde stehend; unterhalb, 400 Meter entfernt, liegt ein Bauernhof und 700 Meter das Siedlungsgebiet.

## Flora und Fauna angemessen schützen

Wir werden von Jutta Gaukler von der Energieagentur Kreis Konstanz freundlich auf den informativen Spaziergang mitgenommen, entlang der Route, auf welcher die Bauteile transportiert wurden. Dabei war der Turm in halbkreisförmige Beton- und Stahlelemente zerlegt, die 70 Meter langen Rotoren aber wurden am Stück im Schrittempo die Waldstrasse hinaufgefahren, unten wurden sie auf einem Installationsplatz auf Spezialfahrzeuge verladen. Nur das steilste Stück der Strasse unmittelbar nach dem Dorf wurde befestigt und ist es heute noch. Die Kurven wurden erweitert, was nicht mehr überall erkennbar ist. Es gab – anders als in Hüntwangen – keine Spitzkehren und die Breite der Kiesstrasse beträgt vier bis fünf Meter. 2017 konnte der Windpark mit einem Fest für Vereine und Bevölkerung eingeweiht werden.

Jutta Gaukler nimmt zu möglichen Einwendungen Stellung: Flora und Fauna nahmen durch den Windpark keinen irreparablen Schaden. Wie bei jedem Bau muss Waldfläche ersetzt werden (eine der Ausgleichsmassnahmen), Vogelschlag und Zusammenstösse mit Fledermäusen werden mit sensiblen Überwachungssystemen und Rotorbremsen minimiert. Auswirkungen auf den Wildtierbestand wurden nicht festgestellt, Tiere gewöhnen sich rasch. Der Stroboskop-Effekt im Schatten der Rotoren wird bei der Platzierung der Türme berücksichtigt und trifft keine Liegen-

schaften. Auswirkungen gibt es dennoch: Verenafohren wurde auch deshalb zum Standort, weil hier seltene Arten besser vor den Folgen des Baus geschützt werden konnten als anderswo. Es mussten lediglich einige Kolonien der kahlrückigen Waldameise umgesiedelt und einige gelbe Frauenschuhe (Orchideen) vor Staub geschützt werden; Schätze, die es in Hüntwangen leider nicht gibt.

## Rechnet sich der ganze Aufwand?

So bleibt als Gegenargument gegen Windkraftanlagen nur deren Sichtbarkeit: In Merishausen oder Wiechs am Randen zwar nicht, wohl aber in Hüntwangen werden sie das Ortsbild dominieren. Und eine unbeantwortete Frage: Obwohl es windete, standen ausgerechnet beim Besuch der SVP die Rotoren still. Ein Ohr voll «flapp... flapp... flapp...» wäre informativ gewesen.

Zum Ökonomischen: Der Windpark ist im Besitz mehrerer lokaler Elektrizitätswerke – darunter die Stadt und der Kanton Schaffhausen – und somit der Gemeinden, auf oder neben deren Boden er steht. So gibt es eine Gewinnbeteiligung der Bevölkerung: Sie profitiert davon, dass die Windenergie in Deutschland durch die auf zwanzig Jahre begrenzte Einspeisevergütung subventioniert ist. Darum, so Jutta Gaukler, werden die Lebenszeiten von Windenergieanlagen mit 20 Jahren angegeben: «Natürlich müssen sie dann nicht gerade ersetzt werden, vielleicht laufen sie noch lange weiter.» Gut, dass sie nicht sofort entsorgt werden müssen, denn das ist bekanntlich kompliziert. Aber ob sich das rechnen wird? Produziert werden in Verenafohren 20 Millionen kWh pro Jahr; Elektrizität für 5000 Haushalte oder 20000 Menschen; in den Zeiten, in denen es windet. Wenn

VON BLATTEN BIS BERN

## Vernunft der Betroffenen

Beim Bergsturz bei Blatten im Lötschental fällt mir auf: Das Vernünftigste und Klügste sagen die Betroffenen dieser Walliser Bergregion. Ganz im Gegensatz zu den Kommentaren der Journalisten in ihren städtischen Medienhäusern.



**Christoph Blocher**  
Alt Bundesrat SVP  
Herrliberg

Neben all den Spekulationen über Klimaerwärmung, Permafrost oder Murgänge haben die Aussagen der Einheimischen, die seit Jahrhunderten mit den Gefahren der Bergwelt leben, eine ganz andere Substanz.

Manche Betroffene wollen sich gar nicht äussern. Auch das ist durchaus nachvollziehbar. Der Gemeindepräsident – rund um die Uhr im Einsatz – stellt sich der schweren Herausforderung unaufgeregt und souverän. Der frischpensionierte Berufsoffizier muss jetzt in der Krise führen, gegen aussen kommunizieren und seinen Mitbürgern Mut und Hoffnung machen.

Die einzige Ärztin im Lötschental hält fest: «Die Leute hier sind hart im

Nehmen, sie werden auch diese Naturgewalt meistern.» So lässt sie sich bei Tamedia zitieren. Und sie spricht von einem Urvertrauen «in die Behörden, in Gott». Man habe genug vom Trubel und vom Mitleid der Städter, und man sei froh, wenn der Medienrummel endlich wieder aufhöre. Touristen seien willkommen, «aber das Bergvolk lasse sich von den Städtern nicht sagen, wie es zu leben oder mit welchen wilden Tieren es sein Land zu teilen hat».

Was für das Lötschental gilt, sollte auch für die Schweiz gelten. Touristen sind willkommen, aber andere Länder und Staatsgebilde haben uns nicht zu sagen, wie wir Schweizer unsere Schweiz gestalten. Gerade aktuell erleben wir, wie die Städter der ländlichen Schweiz die EU-Unterwerfung diktieren wollen: indem sie die Anbindeverträge nicht dem Ständemehr unterstellen. Dabei gäbe es ohne dieses Ständemehr unseren Bundesstaat gar nicht.



**Die SVP des Kantons Zürich auf Facebook**  
[www.facebook.com/svpzuerich](https://www.facebook.com/svpzuerich)

nicht, kommt der Strom auch für diese Menschen aus weniger umweltfreundlichen Quellen, die dank Windenergie zwar weniger produzieren müssen, jedoch nicht ersetzt werden können.

Bei einem feinen Mittagessen im Gemeindehaus in Merishausen liessen

die Teilnehmerinnen und Teilnehmer den SVP-Ausflug 2025 würdig ausklingen.

Matthias Hauser,  
Alt Kantonsrat SVP und  
Vorstand SVP Hüntwangen



In Hüntwangen wären die Windturbinen deutlich sichtbarer als in Verenafohren. Bild: SVP Hüntwangen

# Sommerfest



## Der SVP Flaach



Ueli Maurer  
alt Bundesrat



Philipp Peter  
Sektionspräsident



Stefan Stutz  
Bezirkspräsident

# 5. Juli 2025

## Worbighalle Flaach





Fadegrad



von Tobias Infortuna

Trump im Kantonsrat

US-Präsident Trump bringt die Welt in Wallung, auch den Kantonsrat in Zürich. Gleich mehrere Vorstösse betreffend Trump wurden in den letzten Wochen von linker Seite eingereicht. Zwei davon, einer der Grünen und einer der SP, waren sogar fast gleichlautend. Der amerikanische Präsident bringt diese beiden Parteien so aus dem Häuschen, dass sie sich nicht einmal mehr absprechen. Ihre Gedanken kreisen um Zölle und Universitäten. Bei ersterem Thema gaben die Kapitalismusabschaffer vor, sich um das Wohlergehen der Wirtschaft zu sorgen. Daran merkt man jeweils sofort, dass etwas faul ist. So auch hier. Die Linken nahmen die neuen Zölle der USA für ihre Forderung zum Anlass, sich der EU anzunähern. Zudem wurde gefragt, wie der Kanton die Firmen unterstützen könnte, die die Zölle spüren. Hier sprach wohl vor allem der Wunsch nach einer staatsgeleiteten Wirtschaft. Ebenfalls in Aufregung versetzte linke Kantonsräte, dass die US-Regierung weltweit Zahlungen für Forschungsprojekte einiger Themengebiete (hauptsächlich Gender und Klima) gestrichen hat, die von linken Regierungen gerne mit Geld überhäuft werden. Kaum jemand wusste zuvor, dass in der Vergangenheit Millionenbeträge von den USA in die Schweiz flossen – zu linken Hilfsorganisationen und eben auch zu Universitäten. Die gleichen Stimmen, die nun kreischen, weil den Hochschulen diese Zahlungen aus Amerika fehlen, kritisierten zuvor immer wieder das finanzielle Sponsoring von Schweizer Konzernen. Nun weisen linke Politiker auf die Freiheit und Unabhängigkeit der Forschung hin und sehen diese in Gefahr, weil die Finanzen aus den USA fehlen. Wie das alles zusammengehen soll, bleibt ein linkes Geheimnis. Bisher galt Geld aus der Wirtschaft als Einmischung, nun gilt aber auch das Ausbleiben von Geld als Einmischung. Der Regierungsrat wurde deshalb aufgefordert, etwas gegen diese «Einmischung» zu unternehmen. Der Regierungsrat soll also unsere Unis vor Trump schützen, indem er Trump dazu bringt, unseren Unis Geld zu zahlen? Alles klar? Man braucht kein Hochschulschuldium, um zu erkennen, dass der Dadaismus im Kantonsrat populär ist. Geld von Trump nimmt man gern, aber dieselben Kreise rufen von Boykott von amerikanischen Markenprodukten auf. Dass viele dieser Produkte in der Schweiz oder in der geliebten EU produziert werden, wie zum Beispiel Schokoriegel oder Süssgetränke, geht allerdings vergessen. Aber für die Linken schliesst sich der Kreis dann auf wundersame Weise wieder: Der Staat kann ja einspringen, wenn die Wirtschaft leidet. Dann wird es staatliche Schokoriegel geben, womit das häufig zitierte «süsse Gift des Sozialismus» perfekt umgesetzt sein wird. Die goldene Verpackung mit roter Schrift wird dann allerdings statt zwei lässlichen Schokoladenstengeln nur noch den linken davon beinhalten.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Ein verpasstes Potenzial: Wie ideologische Blockaden Wohnraum verhindern! Wohnungsnot und die resultierenden Fakten

Die Wohnungsnot in der Stadt Zürich ist vor allem für diejenigen, die ohnehin benachteiligt sind (ältere Menschen, Menschen mit Beeinträchtigungen – besonders jene mit eingeschränkter Mobilität – und sozial schwächere Bürgerinnen und Bürger) besonders schlimm. Für sie fehlen barrierefreie und bezahlbare Wohnungen, während Gutverdienende oder sogar Politiker oft bevorzugt werden.



Michele Romagnolo  
Gemeinderat SVP  
Zürich

Dabei betonen gerade linke Politiker in ihren Wahlprogrammen immer wieder, wie wichtig ihnen sozialer Wohnraum sei. Doch bei genauerem Hinsehen entpuppt sich vieles davon als reine Propaganda. Die Versprechen sollen Wähler gewinnen, doch in der Realität profitieren oft andere, nicht selten die Politiker selbst, die in städtischen Wohnungen leben, die eigentlich für Bedürftige gedacht sind.

Linksideologische Blockade statt pragmatische Lösungen

Ein Beispiel für verpasste Chancen in der Wohnpolitik zeigte sich im Gemeinderat, wo insbesondere der politische Widerstand vonseiten der Linken eine grossflächige Aufstockung um ein zusätzliches Geschoss verhinderte. Dabei hätte diese Massnahme gleich zwei Probleme gleichzeitig gelöst: Zum einen wäre dringend benötigter Wohnraum geschaffen worden, was der bestehenden

Wohnungsnot entgegengewirkt hätte, und zum anderen hätte ein grösseres Angebot auf dem Wohnungsmarkt zu einer natürlichen Dämpfung der Mietpreise geführt – ein klassisches Prinzip von Angebot und Nachfrage.

Doch anstatt diesen pragmatischen Weg zu unterstützen, wurde das Projekt aus ideologischen Gründen blockiert. Wie sozial ist eine Politik wirklich, die den Bau von Wohnraum verhindert, und das in einer Zeit, in der Wohnraum knapp und teuer ist?

Unterstützt wurde das Vorhaben von Parteien aus unterschiedlichen politischen Lagern; SVP, Die Mitte, EVP und GLP signalisierten ihre Zustimmung. Dennoch wurde das Projekt von der Parlamentsmehrheit abgelehnt, massgeblich durch den Widerstand der linken Parteien. Diese argumentierten, eine solche Regelung würde es erleichtern, ältere Häuser abzureissen, nur um höher bauen zu können. Dabei wird übersehen, dass gerade eine gezielte Aufstockung, insbesondere in städtischen Gebieten, erhebliches Potenzial birgt. Sie ermöglicht eine verdichtete Bauweise, schafft zusätzlichen Wohnraum und wirkt langfristig, wie bereits erwähnt, mietpreisdämpfend.

Mehr Wohnraum: Eine soziale Verantwortung

Solche Massnahmen würden nicht nur den Investoren nützen, sondern vor allem den Menschen, die bezahlbaren Wohnraum suchen. Statt ideologischer Vorbehalte braucht es in der Wohnungspolitik mehr Sachlichkeit, Mut zu pragmatischen Lösungen und ein klares Bekenntnis zu einer nachhaltigen Stadt-

entwicklung. Denn echte soziale Verantwortung zeigt sich nicht im Erhalt von Strukturen, sondern in der Bereitschaft, sich den Herausforderungen der Gegenwart mit wirksamen Mitteln zu stellen, selbst wenn diese nicht ins gewohnte politische Raster passen.

So entsteht der Eindruck, dass diejenigen, die am lautesten für soziale Gerechtigkeit werben, selbst von einem ungerechten System profitieren. Ein Umdenken ist dringend notwendig zugunsten derer, die wirklich Unterstützung brauchen.



Eine grossflächige Aufstockung um ein zusätzliches Geschoss wäre ein pragmatischer Weg, um die Wohnungsnot zu lindern – er scheitert jedoch am linksideologischen Widerstand.

Bild: Pexels

AUS DEM DÜBENDORFER GEMEINDERAT

Grosserfolg der SVP Dübendorf an der Urne!

60,14 Prozent haben am 18. Mai der Umsetzungsvorlage «Mitbestimmen bei Temporeduktionen» zugestimmt.



Paul Steiner  
Gemeinderat SVP und  
Erstunterzeichner der Volksinitiative «Mitbestimmen bei Temporeduktionen»  
Dübendorf

Der Dübendorfer Stadtrat verliert die Hoheit über Tempo 30. Damit führt in Sachen Tempo 30 in der Stadt Dübendorf endgültig kein Weg mehr an der SVP vorbei. Dies, nachdem die Partei die Stimmbevölkerung bereits in den Jahren 2004, 2013 und 2021 zu einem Nein zu grossflächigen Tempo-30-Zonen überzeugen konnte.

Initiative als Folge der 30er-Zone im Zentrum

Die Tempo-30-Zone im Zentrum wurde vom Stadtrat in eigener Kompetenz im Frühsommer 2021 noch rasch installiert, ohne das Resultat der unmittelbar bevorstehenden Abstimmung über weitere 16 geplante Zonen abzuwarten. Diese wurden wuchtig abgelehnt. Das unsensible, ja undemokratische Vorgehen des Stadtrats verärgerte nicht nur die SVP, sondern auch die Stimmbevölkerung. Es musste davon ausgegangen werden, dass der Stadtrat trotz dieser erneuten Niederlage seine «Salamitaktik» fortsetzen und Zone um Zone in Eigenkompetenz einführen würde. Deshalb lancierte die SVP die Initiative «Mitbestimmen bei Temporeduktionen», welche im Juni 2023 mit über 54 Prozent Stimmen angenommen wurde. Damit der Wille des Stimmvolks durchgesetzt wird, bedurfte es einer entsprechenden Ergänzung der Gemeindeordnung.

Nein-Parolen zur Umsetzungsvorlage von Die Mitte, GLP, SP und Grüne, Stimmfreigabe der FDP

Die Umsetzungsvorlage wurde vom Stadtrat unter Einbezug aller Fraktionen «am runden Tisch» ausgearbeitet und ausser den Grünen waren alle mit dem Resultat einverstanden. Wer nun glaubte,

dass der klare Entscheid der Stimmbürger zur Initiative respektiert und die Umsetzungsvorlage im Parlament kaum bestritten würde, sah sich eines Besseren belehrt. Obwohl alle Fraktionen – ausser den Linken – im Rat für die Umsetzungsvorlage stimmten, äusserten sie in ihren Voten unmissverständlich, dass sie die Initiative inhaltlich nach wie vor ablehnen. Das Ja bei der Abstimmung war lediglich Fassade, um beim Stimmbürger als «gute Demokraten» dazustehen.

Ein zweiter Abstimmungskampf stand bevor

Damit war offensichtlich, dass auch die Umsetzungsvorlage massiv bekämpft würde. Deshalb entschied sich die SVP für einen aufwendigen Abstimmungskampf mit Plakatierung und Flyern in alle Haushalte. Die vereinigten Verlierer bekämpften die Vorlage in unzähligen Leserbriefen mit den gleichen Argumenten wie bereits die Initiative. Dass diese nicht zu überzeugen vermochten, zeigt sich im überdeutlichen Abstimmungsergebnis. Dieses war wohl nicht zuletzt auch die Quittung für das widersprüchliche und unübliche Stimmverhalten: Zustimmung der Fraktionen im Parlament und dann offizielle Nein-Parolen der Parteien zur Abstimmung. Es ist sehr erfreulich, dass dies vom Stimmbürger durchschaut wurde. Wesentlich dazu beigetragen haben die klärenden Leserbriefe der Initiativbefürworter.

Demokratie stärken

Die Mitbestimmung der Bevölkerung wird bewirken, dass Tempo-30-Zonen nur an sinnvollen Orten geplant werden. So haben beispielsweise 30er-Zonen bei den Schulhäusern Birchlen und Stägenbuck kaum Widerstand hervorgerufen; im Gegensatz zu Tempo 30 im Zentrum, wo der Stadtrat den Bogen völlig überspannt hat. Auf Hauptverkehrsachsen und Durchgangsstrassen soll der Verkehr auch in Zukunft nach bekannten Regeln möglichst hindernisfrei fliessen. Mit dem Ja der Dübendor-

ferbevölkerung muss der Stadtrat nun jede neue Temporeduktion auf Gemeindestrassen als referendumsfähigen Beschluss dem Parlament vorlegen. Dieses beurteilt, ob die Massnahme sinnvoll und verhältnismässig ist. Lehnt der Gemeindeart eine neue Zone ab, ist diese «vom Tisch». Wird diese befürwortet, ist die Bevölkerung mit dem Entscheid jedoch nicht einverstanden, kann das Re-

ferendum ergriffen und eine Volksabstimmung verlangt werden.

Mit der neuen Regelung ist sichergestellt, dass neue Tempo-30-Zonen auf Dübendorfer Strassen demokratisch legitimiert und breit akzeptiert sind. Der jahrelange Einsatz der SVP hat sich definitiv gelohnt. Dabei hat sich gezeigt, dass Rekurse gegen Tempo 30 praktisch chancenlos sind, das Stimmvolk mit den richtigen Argumenten und viel Einsatz jedoch überzeugt werden kann.

JA

zur Umsetzungsvorlage «Mitbestimmung bei Temporeduktionen»

SVP Die Partei des Mittelstandes

svp-duebendorf.ch/ja

Der jahrelange Einsatz der SVP hat sich ausgezahlt: Neue Tempo-30-Zonen auf Dübendorfer Strassen müssen demokratisch legitimiert und breit akzeptiert sein.

Bild: SVP Dübendorf



MEHRKOSTEN FÜR DEN ZVV – UND SOMIT DIE STEUERZAHLER

## Tempo-30-Zonen bremsen Busse und Postautos aus

Aktuell liegen mit der Mobilitäts- und der ÖV-Initiative zwei Volksbegehren auf dem Tisch, welche den ÖV im Zürcher Weinland direkt tangieren. Nun erhebt der Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) den Mahnfinger und weist auf die Folgen und die damit verbundenen Kosten hin.

RoMü. An der diesjährigen Regionalen Verkehrskonferenz Weinland (RVK) in Feuerthalen wurden die immer mehr vorhandenen Tempo-30-Zonen auf Hauptverkehrstangenten thematisiert, welche auch den ÖV mit Bus und Postauto ausbremsen. Dass die grossflächige Einführung von Tempo-30-Zonen auch für ländliche Gebiete wie beispielsweise das nördliche Weinland direkte Auswirkungen hat, zeigt sich zum Beispiel mit der Busverbindung im Ausseramt. Aktuell ist man auf der Postautolinie 630, welche vom Bahnhof Schaffhausen mit einer Länge von 13,3 km mit zehn respektive neun Haltestellen bis zum Bahnhof Marthalen reicht, pro Kurs 24 Minuten oder 1440 Sekunden unterwegs. Diese Fahrzeiten erlauben es, dass nur ein Postauto für den Stundentakt eingesetzt werden kann und dabei die Anschlüsse an das Bahnnetz in Marthalen wie Schaffhausen sichergestellt ist. Geht man davon aus, dass jeder Halt 30 Sekunden dauert, so steht eine reine Fahrzeit von 1110 Sekunden zur Verfügung, was einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 43,135 km/h entspricht. Dauert aber die mittlere Haltezeit jeweils 15 Sekunden länger oder ist gar doppelt so lang, so sind mittlere Geschwindigkeiten von 50,666 oder 61,384 km/h nötig. Rund acht Kilometer des Postautokurses führen durch Ortschaften mit re-

duzierter Geschwindigkeit. Wird auf der gesamten Innerortsstrecke eine Reduktion der Geschwindigkeit um 20 km/h vorgenommen, so verlängert sich die reine Fahrzeit pro Kilometer um 53 Sekunden. Konkret bedeutet dies, dass die Fahrzeit um bis sieben Minuten verlängert wird, was schlussendlich die Einhaltung des Stundentaktes verhindert. Entsprechend müssen mehr Busse eingesetzt werden, um die für eine erfolgreiche Kursführung unentbehrlichen Anschlüsse zu gewährleisten.

### ZVV hebt den Mahnfinger

Erste Erfahrungen in urbanen Räumen zeigen, dass für die gleiche Personen-transportleistung mehr Busse und somit auch mehr Personal eingesetzt werden müssen, was zugleich auch kostentreibend ist. «Verlangsamungen des ÖV vermeiden» war deshalb die zentrale Botschaft von ZVV-Verkehrsplaner Philip Dijkstra an die Delegierten. Er forderte dazu auf, dass jeder einzelne Fall durch die Verkehrsunternehmen geprüft werden sollte. Dabei sind alle möglichen Ansätze zur Kompensation in Betracht zu ziehen. Zugleich ist auch ein Antrag bezüglich der Mehrkosten zu stellen, wenn beispielsweise ein Fahrzeug mehr eingesetzt werden muss. Der Umgang mit diesen Mehrkosten ist aber auch

von bevorstehenden Volksentscheidungen abhängig.

### Volksinitiativen laufen

Die Mobilitätsinitiative verlangt, dass innerorts auf den Hauptverkehrsachsen Tempo 50 gelten soll. Die zweite ÖV-Initiative fordert, dass es keine Behinderungen oder Verlangsamungen des ÖV durch bauliche Massnahmen oder Verkehrsanordnungen geben darf. Werden aber Tempo-30-Abschnitte auf ÖV-Routen eingeführt, so haben die Gemeinden, basierend auf dem Verursacherprinzip, die Mehrkosten aus der Verlangsamung zu tragen. Diese Initiative ist aber zugunsten eines Gegenvorschlags aus dem Kantonsrat zurückgezogen worden. Dieser verlangt, dass für die allfälligen Mehrkosten die beteiligten Strasseneigentümer aufzukommen haben.

Erschwerend kommt dazu, dass die Volksabstimmung während des laufenden Fahrplanverfahrens 2027/28 kommen wird; denn es sind verschiedenste Szenarien möglich. Wird der Gegenvorschlag zur ÖV-Initiative angenommen, sind die durch die Tempo-30-Massnahmen entstehenden Mehrkosten durch die Strasseneigentümer zu tragen. Diese Bestimmung könnte bereits 2026 oder 2027 in Kraft treten. Wird aber der Gegenvorschlag an der Urne abgelehnt, so muss der ZVV diese Mehrkosten tragen.



Tempo-30-Zonen bremsen auch den ÖV aus, was gemäss dem ZVV zu beachtlichen Mehrkosten bezüglich Bussen und Personal führen kann. Bild: RoMü

SVP UETIKON AM SEE

## Prominenz am Frühlingsmarkt in Uetikon am See

Bei idealem Wetter besuchten die Kantonsräte Paul von Euw und Tumasch Mischol den Stand der SVP. Sie beantworteten Fragen von Interessierten und sammelten Unterschriften gegen den Asylmissbrauch und den EU-Rahmenvertrag.

Dieser sieht nicht nur fremde Richter vor, sondern hat auch zur Folge, dass zahlreiche Gesetze der EU von uns ohne

weitere Mitsprache übernommen werden müssten. Als «Tüpfli aufs i» dürften wir für die Abgabe unserer demokrati-

schen Rechte noch sehr viel Geld bezahlen!

Es ist unverständlich, wie von der Berner Politik versucht wird, diesen unsäglichen Vertrag schönzureden. Wollen wir unsere Freiheiten und unsere Rechte wirklich aufgeben und uns der maroden EU weiter annähern? Wo ist unser Selbstbewusstsein und für was haben unsere Vorfahren gekämpft? Dass der Vertrag einige 100 Seiten umfasst, lange verdeckt gehalten wurde und schwer verständlich ist, lässt vermuten, dass er noch viel Kleingedrucktes enthält – kaum zum Vorteil der Schweiz...

Katia Troxler von der Schulpflege war ebenfalls bereit für Fragen und Anliegen und Karin Sifontes vom Vorstand und als Mitglied der Sozialbehörde hat feine Kuchen gebacken und alle bestens bewirtet – danke ganz herzlich!

Theres Weber-Gachnang, Alt Kantonsrätin SVP



Politprominenz in Uetikon am See (v.l.n.r.): Christian Hurter, Richter Baurekursgericht Kanton Zürich und Alt Kantonsrat; Theres Weber-Gachnang, Alt Kantonsrätin; Karin Sifontes, Mitglied Sozialbehörde und Vorstand SVP Uetikon am See; Paul von Euw, Kantonsrat und Präsident SVP Bezirk Pfäffikon. Bild: zVg

SVP ZÜRICH KREIS 11

## Polit-Apéro mit Nationalrat Benjamin Fischer

Am Freitag, 30. Mai 2025, fand der Polit-Apéro der SVP Zürich Kreis 11 im Restaurant Bürgli in Zürich-Seebach statt. Trotz dem verlängerten Wochenende fanden sich über 20 Personen ein.

Nach der Begrüssung durch Kantonsrat und Vorstandsmitglied Peter Schick übergab dieser das Wort an unseren Referenten Nationalrat Benjamin Fischer. Sein Thema: «Aktuelles aus Bundesbern». Er ging unter anderem auf die Beziehungen der Schweiz zu Europa und der übrigen Welt ein. Die Schweiz muss unabhängig und frei bleiben, nur so kann sie mit allen reden und verhandeln. Um das sicherzustellen, braucht es eine starke Armee.

Aktuell steht es um die Verteidigungsfähigkeit nicht gerade zum Besten. Die Armee wurde in der Vergangenheit auf Friedensmassnahmen und im Notfall auf Hilfeleistung für die

Zivilbevölkerung ausgerichtet. Alles andere wurde weggespart respektive braucht es nicht mehr. Einen Krieg in Europa wird es nicht mehr geben, war damals das Credo der Linken. Seit 2022 haben wir wieder einen Konflikt. Eben-diese Verteidigungsfähigkeit wiederherzustellen, dauert Jahre. Die Schweiz muss neutral bleiben und sich nicht an Sanktionen beteiligen; sie soll besser ihre guten Dienste anbieten. Im Anschluss ging die angeregte Diskussion weiter.

Peter Schick, Kantonsrat SVP und Vorstand SVP Zürich Kreis 11



Kantonsrat Peter Schick mit Nationalrat Benjamin Fischer. Bild: SVP Zürich Kreis 11

SVP FISCHENTHAL

## Mitglieder als treibende Kraft – Auffahrtswanderung der SVP Fischenthal

Wie seit vielen Jahren schon organisierte die SVP Fischenthal am Auffahrtstag ihre traditionelle Wanderung – bei strahlendem Sonnenschein und bester Stimmung. Rund die Hälfte der Mitglieder sowie einige Sympathisanten fanden sich am Morgen ein, um gemeinsam die Route unter die Füße zu nehmen.

Nach etwa einer Stunde Wanderzeit wartete bereits das erste Highlight auf die Teilnehmenden: Der SVP-Präsident von Fischenthal, Fredi Bertschinger, entfachte das Feuer, während Wurst und Brot bereitstanden. Bei gemütlichem Beisammensein, einer herrlichen Aussicht über das schöne Zürcher Oberland und einem glustigen Nussgipfel wurde nicht nur gegessen, sondern auch angeregt diskutiert – über aktuelle politische Themen, lokale Anliegen und zukünftige nationale Herausforderungen.

Gestärkt durch die Zwischenverpflegung ging es anschliessend weiter. Solche Anlässe, so waren sich die Teilnehmenden einig, sind nicht nur ein wertvoller Beitrag zum gesellschaftlichen

Leben der Partei, sondern stärken auch das Gemeinschaftsgefühl.

«Unsere Mitglieder sind das Fundament unserer Heimat», brachte es ein Teilnehmer auf den Punkt. Neben der politischen Arbeit lohne es sich, auch einmal abseits des Tagesgeschäfts zusammenzukommen – sei es zur Förderung des Teamgeists oder um neue Gesichter für die Parteiarbeit zu gewinnen.

Die Auffahrtswanderung war auch in diesem Jahr ein voller Erfolg – ein Beweis dafür, dass Engagement und Gemeinschaftssinn Hand in Hand gehen können.

René Schweizer, des. Gemeindepräsident SVP und Präsident SVP Bezirk Hinwil



Die Auffahrtswanderung unserer Sektionspartei: ein Traditionsanlass bei schönstem Wetter mit stets guter Beteiligung. Bild: SVP Fischenthal



SVP DIGITAL



**Teleblocher**  
Dr. Christoph Blocher im wöchentlichen Gespräch mit Dr. Matthias Ackeret.





**In den Sumpfen von Bern**  
Wöchentlicher Videobeitrag von NR Thomas Matter zu den Machenschaften in Bern.



**Weltwoche daily**  
Täglicher News-Flash am Morgen von Alt NR Roger Köppel.



**SVP des Kantons Zürich**  
Instagram-Seite der SVP des Kantons Zürich. Wir freuen uns über jeden neuen Follower, jeden Like und jeden neuen Kommentar!



**Wortwächsel**  
Der Podcast für Meinungsmacher von NR Benjamin Fischer.

SVP-STAMM

**Bezirk Bülach/Bachenbülach**  
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, Lokalität gemäss [www.svp-bachenbuelach.ch](http://www.svp-bachenbuelach.ch).

**Bezirk Bülach/Embrach**  
Jeden letzten Sonntag im Monat, ab 10.30 Uhr, Wöschhüsi, Oberdorfstrasse 15, Embrach.

**Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf**  
Jeden Dienstag, 16.00–21.00 Uhr, Restaurant Altes Gerichtshaus, Wehntalerstrasse 47, Dielsdorf.

**Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf**  
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, Alterszentrum am Bach, Bistro, Bachstrasse 1, Birmensdorf.

**Bezirk Horgen/Adliswil**  
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant Pot Belly's, Soodring 21, Adliswil.

**Bezirk Horgen/Thalwil**  
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

**Bezirk Meilen/Stäfa**  
Jeden zweiten Dienstag im Monat, 19.00–22.00 Uhr, mit Nachtessen, Ort siehe [www.svp-staefa.ch](http://www.svp-staefa.ch).

**Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon**  
Jeden ersten Samstag im Monat, 11.00–12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

**Bezirk Uster/Uster**  
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 18.30 Uhr, Lokalität gemäss [www.svp-uster.ch](http://www.svp-uster.ch).

**Stadt Winterthur**  
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Rössli, Rössligasse 7, Winterthur.

**Stadt Winterthur/Wülflingen**  
Jeden Samstag, 11.00–12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

**Stadt Zürich/Kreis 6**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

**Stadt Zürich/Kreis 12**  
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Schwamedingerhuus, Schwamendingerplatz 2, Zürich.

**Junge SVP Kanton Zürich**  
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website [www.jsvp-zh.ch](http://www.jsvp-zh.ch).

WEITERE VERANSTALTUNGEN

**Bezirk Andelfingen/Flaach**  
Samstag, 5. Juli 2025, 18.00 Uhr, Sommerfest, Worbighalle, Botzengasse 15, Flaach, mit Alt Bundesrat Ueli Maurer.

**Bezirk Andelfingen/Laufen-Uhwiesen**  
Freitag, 4. Juli 2025, 18.30 Uhr, Grillfest, Schloss Laufen am Rheinfall, Dachsen, mit Nationalrätin Nina Fehr Düsel. Weitere Informationen und Anmeldung unter [info@widiart.ch](mailto:info@widiart.ch).

**Bezirk Bülach**  
Donnerstag, 3. Juli 2025, 18.00 Uhr, Zigarrenabend, Don Alejandro's Cigar Lounge, Industriestrasse 12, Dietlikon. Kosten: 90 Franken mit Essen und Trinken. Anmeldung unter [ralph.weber@bluewin.ch](mailto:ralph.weber@bluewin.ch).

**Bezirk Dietikon/Aesch**  
Dienstag, 10. Juni 2025, 20.15 Uhr, SVP-Stamm, Brunnenhofsäili, Dorfstrasse 3, Aesch, mit Kantonsrat Domenik Ledergerber, Präsident SVP des Kantons Zürich.

**Bezirk Uster/Dübendorf**  
Sonntag, 22. Juni 2025, 10.00 Uhr, Buurezmorge, Bauernhof der Familie Weber, Buenstrasse 11, Dübendorf, mit Nationalrat Mike Egger. Kosten: 35 Franken. Anmeldung bis 12. Juni 2025 unter [veranstaltungen@svp-duebendorf.ch](mailto:veranstaltungen@svp-duebendorf.ch).

**Stadt Zürich/Kreis 6**  
Samstag, 21. Juni 2025, 10.00–16.00 Uhr, SVP-Stand am Oberstrass Mäart, Haltestelle Rigiblick, Zürich.

**Stadt Zürich/Kreis 11**  
Samstag, 7. Juni 2025, 09.00–12.00 Uhr, Standaktion, Marktplatz, Zürich-Oerlikon.

**Stadt Zürich/Kreis 12**  
Freitag, 4. Juli 2025, 19.00 Uhr, Grillfest, Klötihof, Probsteistrasse 61, Zürich-Schwamendingen, mit Nationalrat Martin Hübscher. Anmeldung bis 29. Juni 2025 unter [bababolt@hotmail.com](mailto:bababolt@hotmail.com).

**Stadt Zürich/Kreis 6**  
Freitag, 27. Juni 2025, 19.30 Uhr, Kulinarik und Unterhaltung, Haus der Freiheit, Landgasthaus Sonne, Wintersberg, Ebnet-Kappel SG, mit Ständerätin Esther Friedli, Alt Nationalrat Toni Brunner und Buchautor Andi Widmer. Kosten: 77 Franken. Anmeldung unter [info@hausderfreiheit.ch](mailto:info@hausderfreiheit.ch).

**Stadt Zürich/Kreis 12**  
Donnerstag, 10. Juli 2025, 19.30 Uhr, Delegiertenversammlung der SVP des Kantons Zürich, Heslihalle, Untere Heslibachstrasse 33, Küsnacht.

**Stadt Zürich/Kreis 6**  
Samstag, 27. September 2025, bis Sonntag, 28. September 2025, SVP-Schiessen 2025, Vorschiesen am Freitag, 19. September 2025, Schützenhaus, Schützenhausstrasse 6, Uster. Weitere Informationen unter [www.svp-schiessen.ch](http://www.svp-schiessen.ch).

IMPRESSUM

**Zürcher Bauer**  
Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

**Der Zürcher Bote**  
Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

**Jahresabonnement Print + Online:** Fr. 73.– + 2,6% MWSt (Ausland auf Anfrage). **Jahresabonnement Online:** Fr. 65.– inkl. 2,6% MWSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, [bauernverband@zbv.ch](mailto:bauernverband@zbv.ch), Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33. **Insertionspreise:** [www.zbv.ch/zuercher-bauer](http://www.zbv.ch/zuercher-bauer). **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, [abo@zuercher-bauer.ch](mailto:abo@zuercher-bauer.ch).

**Abonnementspreis:** Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, [zb@svp-zuerich.ch](mailto:zb@svp-zuerich.ch), Sean Burgess, Telefon 044 217 77 68. **Insertionspreise:** [www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote](http://www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote). **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, [sekretariat@svp-zuerich.ch](mailto:sekretariat@svp-zuerich.ch).

**Interne Autoren:** SB – Sean Burgess; RW – Reinhard Wegelin; ROMÜ – Roland Müller.

**Erscheint jeden Freitag. Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 63, [inserate@svp-zuerich.ch](mailto:inserate@svp-zuerich.ch). **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Veranstaltungsmeldungen:** [veranstaltungen@svp-zuerich.ch](mailto:veranstaltungen@svp-zuerich.ch) **Layout:** Mattenbach Zürich AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, 5001 Aarau.



**Buurezmorge**  
**Öffentlicher Anlass mit Anmeldung**  
**Sonntag, 22. Juni 2025, ab 10.00 Uhr**  
**Bauernhof Buenstr. 11, Dübendorf**  
**Fr. 35.– pro Person**

**Gastreferent: NR Mike Egger**  
Mitglied der UREK des Nationalrats

Parteimitglieder & Sympathisanten sind herzlich willkommen

Anmeldung bis 12. Juni 2025:  
[www.svp-duebendorf.ch/brunch](http://www.svp-duebendorf.ch/brunch) oder [veranstaltungen@svp-duebendorf.ch](mailto:veranstaltungen@svp-duebendorf.ch)



**Asylmissbrauch stoppen!**

**Grenzschutz-Initiative jetzt unterschreiben!**